



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 30.06.2025

An den
Oberbürgermeister
Herrn Dr. Stephan Keller

**Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf zur Sitzung des Rates
am 10.07.2025**

Betrifft:

Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE: CSD-Beflaggung und -Teilnahme –
Unterstützung der Stadt für LSBTIQ*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Sitzung des Rates am 10. Juli 2025 stellt Die Linke Ratsfraktion Düsseldorf
folgende Anfrage:

Zum Bedauern der Linken gab es in diesem Jahr zwei Vorfälle in Düsseldorf, die
von Teilen der queeren Community als Andeutung einer nachlassenden
Unterstützung der Stadt für die Gleichstellung von LSBTIQ* interpretiert wurden.

Es gibt in dieser Frage eine starke Sensibilisierung, seit in den USA und in Teilen
Europas rechtsnationale und rechtsextreme Kräfte in Regierungsverantwortung
gelangt sind und einen Rollback der mühsam erstrittenen Fortschritte betreiben
oder unterstützen. Das betrifft insbesondere die Erschwerung der rechtlichen
Anerkennung von trans- und nicht-binären Identitäten sowie die Behinderung
von LSBTIQ*-Organisationen. Aber es gibt auch offene Hetze.

Auch in Deutschland sind Veränderungen feststellbar. In Deutschland wurden
2023 rund 1.785 Straftaten gegen die sexuelle Orientierung polizeilich erfasst.
Damit stieg die Zahl seit sieben Jahren in Folge.¹ Die Zahl der Straftaten hat sich
seit 2010 nahezu verzehnfacht. Erstmals mussten Veranstaltungen zum
Christopher Street Day in einigen Kommunen wegen „Gefahrenlagen“
eingeschränkt oder abgesagt werden.

Spätestens aber, seit Bundestagspräsidentin Julia Klöckner den Beschäftigten
des Bundestages die offizielle Teilnahme am CSD als „Regenbogennetzwerk des
Bundestags“ mit der (nachträglichen) Begründung untersagte, diese sei ein
Verstoß gegen die politische Neutralität, befürchten queere Menschen in

¹ [BMI - Presse - Sicherheit von LSBTIQ* Menschen in Deutschland: BMI und BKA veröffentlichen Lagebericht](#)

Deutschland, dass die Anerkennung ihrer Identität von staatlicher Seite infrage gestellt wird.

In dieser Situation wünschen sich viele Menschen klare Bekenntnisse deutscher Behörden und Mandatsträger:innen zur unverminderten Unterstützung von LSBTIQ*-Menschen.

Was in Düsseldorf stattdessen im Vorfeld des CSD geschah, war eine Anweisung des Geschäftsführers des Jobcenters an seine Beschäftigten, dass ab jetzt die Aktivitäten zum CSD „deutlich zurückgefahren“ werden sollten, weil sie eine „politische Vereinnahmung“ des Jobcenters bedeuteten. Die queeren Beschäftigten durften danach nicht wie in den Vorjahren mit einem „JC“-Aufdruck (für „Jobcenter“) auf dem T-Shirt und einem Banner als Fußgruppe am CSD teilnehmen, sondern nur ohne Hinweis auf ihren öffentlichen Arbeitgeber. Ihnen wurde außerdem verboten, sich über ihre Teilnahme als Jobcenter-Beschäftigte in den sozialen Medien oder in Presseinterviews zu äußern.²

Erstmals aufgrund des Drucks durch Medienberichte, hat das Jobcenter die Teilnahme der Beschäftigten zugelassen.

Der andere Vorfall betrifft die Beflaggung vor dem Düsseldorfer Rathaus zum Christopher Street Day 2025. Die Beflaggung wurde unterbrochen; offenbar wurde die Queer-Flagge für einen Fototermin am Freitagmorgen gehisst, aber vor dem Besuchstermin einer Delegation unserer chinesischen Partnerstadt Chongqing wieder entfernt – um dann am Samstagmorgen wieder gehisst zu werden. Die Verwaltung hat dieses Vorgehen gegenüber der Presse ausgiebig begründet.³ Die Linke kann aber nachvollziehen, dass es trotz dieser Begründung Irritation in Teilen der queeren Community gibt.

Unsere Fraktion möchte mit dieser Anfrage klären, ob es weiterhin ein klares Bekenntnis der Stadt Düsseldorf zur Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen gibt oder ob sie dies wie Bundestagspräsidentin Klöckner zu einer politischen Meinungssache erklärt.

Die Linke Ratsfraktion Düsseldorf fragt an:

- 1. Wie bewertet die Landeshauptstadt Düsseldorf als öffentliche Arbeitgeberin das Handeln des Geschäftsführers des Jobcenters, der seinen Beschäftigten eine sichtbare Teilnahme mit Namen und Logo des Jobcenters am Christopher Street Day untersagte, weil er dies als eine nicht statthafte politische Vereinnahmung betrachtete, statt als ein öffentliches Handeln in einer gesellschaftlichen Vorbildfunktion?**
- 2. Wird der Oberbürgermeister sicherstellen, dass zum CSD 2026 die CSD-Flagge durchgängig von Freitag bis zum offiziellen Ende Sonntag 18:00 Uhr vor dem Rathaus gehisst bleibt?**
- 3. Wann plant Oberbürgermeister Keller sich öffentlich zu äußern und beispielsweise der queeren Community in Düsseldorf und dem CSD Düsseldorf e.V. seine Unterstützung im Angesicht eines möglichen Rollbacks bei der Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen auszusprechen und sie ggf. durch mehr Unterstützung**

² https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-streit-um-csd-teilnahme-von-jobcenter-team-v1_aid-129522445

³ <https://www.nrz.de/lokales/duesseldorf/article409341067/keine-regenbogenfahne-am-rathaus-vor-dem-csd-das-sagt-die-stadt.html>

**für den CSD, für ein Queeres Zentrum o ä. zu konkretisieren?
(Wenn nicht, bitten wir um eine Stellungnahme.)**

Mit freundlichen Grüßen

Sigrid Lehmann

Anja Vorspel

f.d.R. Sönke Voigt